

PLENUM AKTUELL

12. bis 14. Mai 2009
Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Generaldebatte zum Haushalt und 100-Tage-Bilanz von schwarz-gelb - Thorsten Schäfer-Gümbel: „Fleischgewordene Amtsmüdigkeit“

Die Generaldebatte über den Landeshaushalt stand bei der aktuellen Plenarsitzung im Mittelpunkt. Ebenfalls wurden die Budgets der einzelnen Ministerien beraten. Über die Eckdaten des Etats mit einer Rekord-Neuverschuldung von 2,5 Milliarden Euro hatte der Landtag bereits bei der ersten Beratung im April gestritten.

Die Landesregierung hat einen Start hingelegt, der ohne Ambitionen, ohne Gestaltungswillen ist und sich lethargisch durch die ersten hundert Tage schleppt. TSG nutzte die Chance zur Generalabrechnung mit der Landesregierung und kündigte inhaltlich tragfähige und fortschrittliche Initiativen der SPD an.

„Wir müssen Hessen durch die Krise bringen und dabei nicht zugucken, was passiert und die Daumen drücken, dass es nicht so schlimm kommt“, sagte TSG. Hessen werde unter Wert regiert. Das Kabinett sei in der Gesamtschau schwach, die Finanzpolitik unsolide und die Arbeitnehmerfeindlichkeit bleibe das Markenzeichen der Koalition. Die FDP sei mit ihrem Anspruch gescheitert, die Fehler der absoluten CDU-Mehrheit zu korrigieren.

Die Politik hat sehr wohl Einfluss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, und sie muss ihn nutzen, um für soziale Sicherheit, Stabilität und Solidarität zu sorgen. Die Wirtschaftskrise wird auch die beiden bevorstehenden Wahlkämpfe zur Europawahl und zur Bundestagswahl prägen. Die Aufgabe marktradikaler Positionen bei der CDU ist nur taktisch bedingt und wird bei der ersten sich bietenden Gelegenheit revidiert werden.

Die Landesregierung schleppt seit Jahren ein riesiges strukturelles Defizit mit sich herum. Von Zeit zu Zeit hat sie das durch den Verkauf von Tafelsilber kaschiert und die Situation damit nur noch schlimmer gemacht, weil das Stopfen der Haushaltslöcher heute mit hohen Mieten für die weiterhin benötigten Landesimmobilien bezahlt werden muss. Dieses strukturelle Defizit hat nichts mit der Krise zu tun. Es ist das Ergebnis einer zehnjährigen Verantwortungslosigkeit. Herr Koch sitzt auf dem Thron des Schuldenkönigs. Jetzt fordern CDU/FDP eine Schuldenbremse - aber nicht solange sie regieren. Frei nach dem Motto „nach mir die Sintflut“ verschieben sie die Lasten auf nachfolgende Generationen.

Die Landesregierung kann sich nicht von ihrem ideologischen Ballast befreien, der sie an den notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft hindert. Wir wollen: Kluge Investitionen und Weichenstellungen eines verantwortlichen Staates, Schulden zurückfahren, wenn die Konjunktur wieder anspringt, Gerechtigkeit herstellen und die Einnahmeseite stärken. Wir werden ein Informationsfreiheitsgesetz und ein Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien präsentieren und schlagen außerdem einen Pakt für Beschäftigung und Arbeit in Hessen vor. Alle Anstrengungen zur Sicherung von Arbeit müssen drastisch erweitert werden, und selbstverständlich stehen wir zu unserem Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen müssen als Schwache. CDU und FDP jedoch sind weiterhin die Parteien der Besserverdienenden - und das wollen sie auch bleiben.

Einzelplan 07 – Wirtschaft: Keine Perspektive in der Krise

Wir vermissen Antworten und Konzepte der Landesregierung. Beim Bundesländer-Ranking 2008 der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ belegt Hessen in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen nur hintere Plätze. Der Mittelstand wird nach wie vor vernachlässigt, und Koch bekommt von den Mittelständlern das zweitschlechteste Zeugnis aller Ministerpräsidenten in Deutschland ausgestellt. Die Hessen-Agentur ist

ihrer Aufgabe nicht gewachsen und nur eine „Reisebörse“ für die Landesregierung. Wir brauchen aber eine zielgerichtete Förderung für innovative Technologien und für ein effizientes Standortmarketing. Der Logistik- und Industriestandort Hessen muss gefördert und die Entwicklung der einzelnen Regionen voran gebracht werden.

Einzelplan 08 – Soziales: Chance auf Neuanfang vertan

Der sozialpolitische Stillstand geht auch unter schwarz-gelb weiter. Leider gibt es keinerlei Ansätze zu präventiver Arbeitsmarktpolitik, sondern weniger Mittel. Die Herausforderungen des demographischen Wandels werden nicht einmal ansatzweise angegangen. Gerade angesichts der aktuellen Krise wäre es nötiger denn je, die von Koch und Lautenschläger zerschlagenen Strukturen der sozialen Sicherung neu aufzubauen. Dazu müssten die Kürzungen im Sozialbereich zurückgenommen und das Sozialbudget wieder eingeführt werden. Nur so könnte das Land dem Negativbeispiel der Gier und Skrupellosigkeit so genannter gesellschaftlicher Eliten etwas entgegensetzen und den sozialen Zusammenhalt, das friedliche Zusammenleben in dieser Gesellschaft sichern. Mit einem Sozialbudget kann die soziale Sicherung, die Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit geschaffen und gestaltet werden.

Einzelplan 09 – Umwelt: Notwendige Weichenstellung verpasst

Im Etat ist weder die notwendige Weichenstellung noch ausreichend Haushaltsmittel für die Klima- und Energiewende vorgesehen. Die Nachhaltigkeitsstrategie Hessens besteht im Wesentlichen aus Kongressen und Öffentlichkeitsarbeit – dafür sind drei Millionen Euro eingestellt und damit genauso viel bzw. wenig wie für die Energiewende. Schwarz/Gelb macht Hessen nicht zum Vorreiterland für Erneuerbare Energien, sondern verharrt im Ländervergleich auf Platz 14 und bleibt damit stabil hinten. Atomkraft bildet neben fossilen Großkraftwerken weiterhin den Schwerpunkt des Regierungshandelns. Erneuerbare Energien werden weiterhin ausgebremst.

Einzelplan 03 – Innen: Sicherheitsbelange werden ignoriert und Kommunen belastet

Während das Personal im Ministerium des Innern aufgebläht wird, werden gleichzeitig 430 Polizeistellen bei den Polizeibehörden - also Polizeibeamte auf der Straße - gekürzt. Und dies trotz der in Nordhessen und anderen Bereichen des Landes offenbar gewordenen Personalprobleme. Außerdem werden - wie schon in den letzten Jahren - auch weiterhin weniger Anwärter eingestellt als erforderlich. Zudem ist die Finanzplanung unseriös und berücksichtigt weder die vereinbarten Einkommenssteigerungen im Tarifbereich noch die Besoldungsverbesserung bei den Beamten. Bouffier wird auch seiner Verantwortung als Kommunalminister nicht gerecht und greift immer wieder in den Kommunalen Finanzausgleich.

Einzelplan 04 – Bildung: Kein Aufbruch in der hessischen Schulpolitik

Leider gibt es keine Anzeichen für einen Aufbruch in der hessischen Schulpolitik. Die einzigen Lichtblicke sind nicht Ergebnis der politischen Schwerpunktsetzung der Landesregierung, sondern die Umsetzung von Beschlüssen des Landtags aus dem vergangenen Jahr, die überwiegend auf SPD-Initiativen zurückgehen. Dazu gehören die 50 zusätzlichen Stellen für den gemeinsamen Unterricht ebenso wie die Verlängerung der Vertragsdauer der BAT-Kräfte über die Sommerferien und die Erhöhung der Referendarstellen. Das Wahlversprechen der CDU/FDP von 105 Prozent Lehrerversorgung wird leider nicht umgesetzt. Im Haushaltsentwurf fehlen leider auch ein neues Ganztagschulprogramm, Förderung der frühen Bildung oder Mittel für die selbstverantwortete Schule. Im kommenden Schuljahr sollen landesweit nur zehn neue Schulen ein Ganztagsangebot umsetzen können - bei diesem Tempo wird die flächendeckende Einführung zu einem Jahrhundertwerk.

Eine Finanzierung für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplan und die frühe Förderung in Kindertagesstätte und Grundschule sucht man im Haushalt vergeblich. Stattdessen gibt es fünf Millionen Euro für ein Schulvorbereitungsjahr, von dem noch niemand weiß, was es sein soll.